



## Medienmitteilung

Zürich, 17.09.2026

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **GL: Keine «Mindereinnahmenbremse» nach dem Vorbild der «Ausgabenbremse»**

Die Geschäftsleitung (GL) beantragt mit 9 zu 4 Stimmen, die parlamentarische Initiative betreffend «Mindereinnahmenbremse» abzulehnen ([KR-Nr. 397/2025](#)). Die Grünen fordern, dass wie bei bestimmten Mehrausgaben auch für Beschlüsse mit Mindereinnahmen eine Mehrheit aller Ratsmitglieder nötig ist. Die Mehrheit lehnt dies ab: Mehrausgaben belasteten den Staat meist dauerhaft, während etwa der Steuerfuss alle zwei Jahre neu festgelegt werde; zudem könnten Steuersenkungen zusätzliche Einnahmen bewirken. Die Minderheit (Grüne, SP, AL) hält dagegen, Mindereinnahmen verschlechterten den Saldo ebenso wie Mehrausgaben. Auch Investitionen könnten Mehreinnahmen generieren.

Kantonsratspräsidentin: Romaine Rogenmoser, 079 427 11 17

#### **KSSG: Keine Vorschrift zum Teuerungsausgleich in den kantonalen Spitälern**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, vier parlamentarische Initiativen für eine gesetzlich verankerte Teuerungszulage beim Personal der vier kantonalen Spitäler abzulehnen (KR-Nrn. [242/2025](#), [243/2025](#), [244/2025](#), [245/2025](#)). Die Mehrheit will Lohnmassnahmen weiterhin den Spitalräten überlassen und sieht mit der Eigentümerstrategie genügend Steuerungsmöglichkeiten. Die Minderheit (SP, Grüne, EVP, AL) verlangt eine langfristige Sicherung des Teuerungsausgleichs: Spitalpersonal solle nicht anders behandelt werden als übrige kantonale Mitarbeitende, und der Kaufkraftherhalt dürfe nicht vom Goodwill der Spitäler abhängen.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

#### **KSSG: Zusatzkredit für Weiterbildung in Kinder- und Jugendpsychotherapie**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, für die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Für eine psychisch gesunde Jugend» einen Zusatzkredit von 3,6 Millionen Franken für die Jahre 2026 bis 2029 zu bewilligen ([6102](#)). Die Weiterbildung zu Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten soll mit 25'000 Franken pro Jahr und Vollzeitäquivalent unterstützt werden. Der Zusatzkredit wird nötig, weil die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich bei den Umsetzungsarbeiten eine zu tiefe Zahl tätiger Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ausgewiesen hatte.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

#### **KPB: Ergänzungsbericht zur Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren verlangt**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, zum FDP-Postulat «Mehr Tempo bei Baubewilligungen» einen Ergänzungsbericht zu verlangen ([KR-Nr. 226/2023](#)). Die Mehrheit würdigt die im Bericht des Regierungsrates



aufgezeigten Ansatzpunkte zur Beschleunigung der Verfahren, verlangt aber weitere Angaben zu konkreten Massnahmen. Die Minderheit (SP, GLP, Grüne) erwartet von einem Zusatzbericht keinen weiteren Erkenntnisgewinn und beantragt, das Postulat direkt abzuschreiben.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

#### **KPB: Mountainbike-Postulat soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat von SP, Mitte, GLP, Grünen, EVP und AL betreffend «Ausbau der Mountainbike-Infrastruktur im Kanton Zürich» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 338/2023](#)). Der Regierungsrat hat dazu ein Mountainbike-Konzept erarbeitet, das auf dem Prinzip der Koexistenz basiert und den Ausbau eines bedarfsgerechten und lenkenden Angebots aufzeigt. Die Mehrheit erachtet das Anliegen damit als erfüllt. Die Minderheit (SP, GLP, Grüne) stimmt der Abschreibung zu, verlangt aber eine abweichende Stellungnahme. Sie kritisiert, dass gemäss dem Konzept grundsätzlich alle Wege den Mountainbikes offen stehen und erachtet die dargelegten Massnahmen zum Schutz sensibler Naturräume und stark frequentierter Wanderwege als zu wenig konkret.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

#### **KPB: Postulat zur Zwischennutzung des Kispi-Areals soll abgeschrieben werden**

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, das dringliche Postulat von SP, GLP, Grünen und AL betreffend «Zwischenlösung für das Areal des ehemaligen Kinderspitals Zürich» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 424/2024](#)). Das Areal ist im kantonalen Richtplan als künftiger Standort des Zentrums für Zahnmedizin (ZZM) der Universität Zürich vorgesehen; der Realisierungszeitpunkt ist offen. Die Mehrheit will vor weitergehenden Zwischennutzungen Klarheit über das ZZM. Die Minderheit (SP, Grüne) stimmt der Abschreibung zu, fordert aber bis zu einem allfälligen Baubeginn möglichst umfassende Zwischennutzungen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*